



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

22. April 2026, 16:30 Uhr bis 17:50 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Yvette Melchien

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 19

Abwesende Mitglieder: 3

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **die Vorsitzende** Herrn Christian Pflaum, stellvertretendes Mitglied (Caritasverband Karlsruhe e. V.).

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Neustrukturierung der Stadtbibliothek und Kinder- und Jugendbibliothek in einem erweiterten Ständehaus - Grundsatzbeschluss - Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Frau Rettenmaier, KFG und Frau Krähling-Pilarek (Stadtbibliothek).

Frau Krähling-Pilarek (Stadtbibliothek) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Belschner (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion unterstützt dieses Konzept. Bei den Veranstaltungsflächen gilt, je größer desto besser, da durch eine breite Nutzung der Bevölkerung, möglicherweise durch Veranstaltungen, Einnahmen erwirtschaftet werden könnten. Ist ein Verkaufshop zum Beispiel für Bücher geplant? Es sind enorme Kosten die anfallen, wie können diese finanziert werden? Wie können LuKifG (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz) Mittel einfließen?

Herr Stadtrat Tröndle (SPD): Das Konzept ist ein erstrebenswertes Ziel für eine Bibliothek. Ebenso, im Sozialen Bereich einen sogenannten „Dritten Ort“ für die Begegnung und den Austausch von Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen sowie Altersklassen zu schaffen. Die SPD begrüßt das Projekt, jedoch sind die finanziellen Belastungen zu klären, insbesondere bei der aktuellen Haushaltslage.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass fast jedes Projekt weit mehr Kosten verursacht, als zu Beginn geplant. Somit sind die 36 Millionen Euro lediglich ein „erster Aufschlag“. Meine Bitte ist es, zuerst eine weitere genauere Planung vorzunehmen, um eine bessere Kostenkontrolle zu erzielen. Der Gemeinderat braucht klare verlässliche Zahlen für die Entscheidung.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Auch bei der CDU spielt die Frage nach den Kosten eine große Rolle. Es muss eine vertiefte Planung erfolgen, auch Zuschussmöglichkeiten müssen geprüft werden, damit der Gemeinderat eine Entscheidung treffen kann. Das Konzept ist jedoch gut.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Dies kann mitten in der Stadt ein Ort für die ganze Stadtgesellschaft werden. Unsere Fraktion stimmt dem Projekt zu. Es besteht jetzt die Chance, mit Mitteln der Städtebauförderung das Projekt umzusetzen, die es vielleicht nicht wieder geben wird. Die KAL-Fraktion steht zu 100 Prozent hinter dem Projekt und es muss jetzt ein Weg gefunden werden, um es zu finanzieren und im Haushalt darzustellen.

Frau Stadträtin Berghoff (Die Linke): Die Linke-Fraktion ist ausdrücklich dafür, aber ohne es gegen die Schulsanierungsprojekte „auszuspielen“.

Herr Stadtrat Nguyen (Volt): Es ist wichtig, auf den Finanzierungsrealismus zu setzen. Gibt es seitens der Verwaltung eine reduzierte Variante des Konzepts, falls die Finanzierungsmittel nicht erzielt werden können? Als Fraktion stehen wir 100-prozentig hinter dem Projekt.

Herr Stadtrat Dujomović (GRÜNE): Der Beirat für Menschen mit Behinderung hat schon vielfach geäußert, dass als Grundprinzip angedacht ist, dass die Barrierefreiheit der Toilette auch außerhalb der Öffnungszeiten zur Verfügung steht. Wird das umgesetzt? Wie ist der Bereich für Jugendliche gedacht? Warum ist die Kochecke nur für Familien geplant? Könnte es nicht auch für andere Gruppen interessant sein? Wir haben in der Stadtverwaltung viele online Dienste. In Dänemark gibt es keine Bürgerbüros mehr, sondern in den Bibliotheken erhalten die Menschen Unterstützung bei der Anwendung der digitalen Dienste. Damit wird eine effizientere Verwaltung ermöglicht. Wäre das in diesem Kontext auch möglich, um damit Einsparungen erzielen?

Frau Rettenmaier (KFG): Bezüglich einzelner Planungsthemen können Fragen an den Aufsichtsrat oder direkt an mich zur Klärung weitergegeben werden. Es gibt einen separaten Veranstaltungsbereich, der an Dritte abgegeben werden kann. Die gewerblichen Möglichkeiten, wie zum Beispiel ein Shop oder die Vermietung, müssen noch geklärt werden, da die Bibliothek eine Gebührenordnung hat und somit nichts verkaufen kann. Es wird jedoch eine Kombination mit der Karlsruher Fächer GmbH (KFG) geprüft, da hier mehr Möglichkeiten gegeben sind.

Die KFG hat eine Kostenschätzung gemacht. Für Projekte der Stadt Karlsruhe bedarf es eines Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats. Der Aufsichtsrat der KFG kann ohne Grundsatzbeschluss des Gemeinderates die Finanzierung der nächsten Leistungsphase nicht freigeben. Für die Städtebauförderung des Landes ist dieser ebenfalls erforderlich. Das Land spricht über Fördermittel und Festlegungen erst, wenn ein Projekt dem Grunde nach im Gemeinderat beschlossen wurde. Städtebauförderung erfolgt nur dann, wenn die antragstellende Kommune 40 Prozent Eigenanteil erbringt. Damit signalisiert sie, dass das

Projekt für die Kommune wichtig ist. Damit der Eigenanteil für die Antragstellenden finanzierbar wird, gibt es nun die Möglichkeit, Gelder über das LuKifG als Baustein zur Finanzierung einzubringen. Für die nächste Stufe ist somit ein Grundsatzbeschluss erforderlich. Dieser könnte theoretisch im 2. Quartal 2027 vom Gemeinderat aus finanziellen Gründen nochmal anders entschieden werden. Das Ständehaus im aktuellen Stand muss definitiv technisch saniert werden (Lüftungs- und Brandschutzanlage).

Zum Thema „Toilette für Alle“, dies ist nicht umsetzbar. Zugang außerhalb der Öffnungszeiten wäre nur für regelmäßig Nutzende über eine Chip-Karte denkbar.

Frau Krähling-Pilarek: Das dänische Modell der digitalen Dienste (Bürgerbüro, etc.) ist bekannt, dies kann in dem Umfang zwar nicht geleistet werden, jedoch wird die weitere Unterstützung bei digitalen Diensten aufgeschlossen im Rahmen der Planung geprüft. Momentan handelt es sich um eine Vorplanung, daher ist vorerst lediglich ein Küchenbereich für Familien angedacht. Hierbei müssen verschiedene Themen wie zum Beispiel Hygiene beachtet werden.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig* nach Vorberatung im Kulturausschuss, Planungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss die Weiterführung des Projektes „Neustrukturierung der Stadtbibliothek und Kinder- und Jugendbibliothek in einem erweiterten Ständehaus“ unter folgenden Rahmenbedingungen:

- a. Die Budgetobergrenze für die Maßnahmen im Bestandsgebäude und dem Anbau wird auf 36 Millionen Euro festgelegt. Diese wird entlang der erfolgten Baupreissteigerung bis zur nächsten Beschlussfassung angepasst.
- b. Zur Finanzierung des Budgets wird zwischen der investierenden städtischen Gesellschaft und der nutzenden städtischen Einrichtung eine Lösung gefunden, die im Haushalt der Stadt Karlsruhe und der Finanzplanung der Gesellschaft abgebildet werden kann. Dafür sind unter Berücksichtigung der möglichen Fördersysteme unterschiedliche Modelle zu erarbeiten und hinsichtlich ihrer Auswirkungen zu untersuchen.

TOP 2 Bezahlbaren Wohnraum sichern, Mietwucher effektiv entgegenwirken - Stellungnahme zum Antrag -

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Roth (LA).

Frau Stadträtin Berghoff: Wir fordern eine Anlaufstelle für Karlsruher*innen, an die sie sich bei überhöhter Miete oder Wuchermiete wenden können und Hilfe sowie Beratung erhalten. Des Weiteren geht es um ein Mietmonitoring des Mietmarktes. Die Gründe für die Antragstellung werden dargelegt.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Es gibt vergleichbare Kommunen, die entsprechende Stellen für Sozialen Wohnraum haben. Aktuell können in der Stadtverwaltung Karlsruhe keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden, es könnten jedoch bis zur nächsten Haushaltsberatung Informationen und Ideen gesammelt werden. Ist es möglich, über KI die Mieten auf dem Markt zu überprüfen?

Herr Stadtrat Nguyen: Die Volt-Fraktion unterstützt den Antrag ebenfalls. Das Mietrecht muss aktiv überwacht werden, insbesondere die Einhaltung des Mietspiegels. Bevor neue Stellen geschaffen werden, sollte eine Kosten-Nutzen-Prüfung stattfinden. Ein Monitoring wäre zur Abschätzung des personellen Bedarfes sinnvoll.

Herr Stadtrat Tröndle: Die SPD unterstützt jegliche Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum und schließt sich Frau Stadträtin Anlauf an. Personelle Ressourcen können derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Was liegt dem Zentralen Juristischen Dienst (ZJD) konkret zur Prüfung vor?

Herr Barton (AWO): Der Antrag wird von der AWO begrüßt, da wir wissen, dass die Menschen Schwierigkeiten haben, die eigene Rechtssituation umzusetzen, insbesondere im Mietbereich. Das juristische Vorgehen muss wohl überlegt sein, da sich durch die 20 %-Regel der Nachweis des Verstoßes sowie die Durchsetzung rechtlich schwierig gestaltet. Eine Vernetzung mit der sozialen Infrastruktur, also den Wohlfahrtsverbänden, die diese Klientel haben, könnte sinnvoll sein. Um alles gut vorzubereiten, sollte sich die Verwaltung genug Zeit nehmen, möglicherweise bis zu den nächsten Haushaltsberatungen.

Herr Stadtrat Kalmbach: In Anbetracht der Tatsache, dass bis 2030 insgesamt 7,9 Prozent der Personalstellen eingespart werden sollen, kann ich dem Antrag nicht folgen. Trotzdem muss das Thema Sozialer Wohnungsmarkt grundsätzlich auf der Agenda bleiben.

Herr Stadtrat Schütz (CDU): Durch die angedachten Ziele des Antrages entsteht nicht mehr Wohnraum und die Mietpreise reduzieren sich dadurch nicht. Die CDU unterstützt den Antrag nicht.

Frau Stadträtin Berghoff: Es ist uns bewusst, dass es Ursachen- und nicht Symptombekämpfung ist. Ohne eine gute Wohnpolitik auf Bundesebene kann eine Stadt auch keine Symptome bekämpfen. In vielen Fällen würde vermutlich ein mahndendes Schreiben an die Vermieter ausreichen. Und meines Erachtens würden auch die Mietpreise sinken.

Herr Roth: Das Liegenschaftsamt bewegt sich im Bereich Wohnraumförderung. Wir kennen die Problematik und nehmen den Antrag zum Thema Mietwucher sehr ernst. Die Verwaltung hat jedoch derzeit keine Personalressourcen, deshalb können wir nicht proaktiv handeln. Dennoch wurde interkommunal vorwiegend in Baden-Württemberg nachgefragt. Wir orientieren uns naheliegend an Freiburg. Es soll einen Fragebogen für Betroffene geben, der derzeit beim ZJD zur Prüfung liegt, in welchem die Zustimmung erfolgen soll, dass gegebenenfalls auch eine Ordnungswidrigkeitsanzeige für Vermieter erfolgen kann. Es gibt in der Regel keine bundesweiten Bußgeldverfahren, da diese meist an der Beweislage scheitern. KI ist ein gutes Stichwort, jedoch geht es um verschiedene Aspekte wie Wohnungsausstattung und -lage, vielleicht ist dies in der Zukunft machbar. Aktuell stehen 20 Fälle bei uns an. Wir prüfen erstmal anhand des Fragebogens, wie die Situation aussieht, und sammeln erste Erfahrungen.

Die Vorsitzende: Die Anregung von Frau **Stadträtin Berghoff**, die Abstimmung mit dem ZJD transparent zu machen, nehmen Sie, Herr Roth bitte mit.

Herr StR Dujmovic: Erläutert kurz, wie KI möglicherweise genutzt werden könnte.

Herr Roth: Freiburg hat durch ein externes Unternehmen, also ohne KI, diese verschiedenen Daten ermitteln lassen, jedoch ohne Erfolg. Die Mietangaben, die auf der Plattform gemacht werden, stimmen nicht immer mit dem Mietvertrag überein.

Frau Stadträtin Berghoff: In der Fraktion wird beraten, ob der Antrag erledigt ist. Eine Rückmeldung wird folgen.

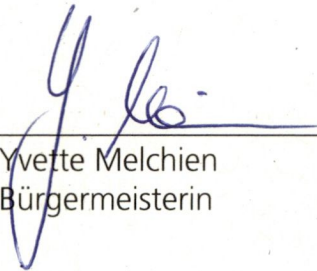
Beschluss: Die Linke Fraktion wird intern beraten ob der Antrag als erledigt zu betrachten ist und dies mitteilen.

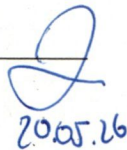
Die Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.


Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 7. Mai 2026

gesehen und genehmigt:


Yvette Melchien
Bürgermeisterin


20.05.26


Carmen Edler
Schriftführerin